

## AKTUELL

FREIHANDEL

# Eine Chance?

Raymond Klein

## Worum geht es beim Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP? Erste Runde des Diskussionsprozesses in der Chamber.

„Abkommen wie das TTIP sind wie Graf Dracula: Wenn sie ans Tageslicht kommen, dann zerfallen sie zu Staub.“ Mit dieser Aussage wollte der Déi-Lénk-Abgeordnete Justin Turpel am vergangenen Dienstag darauf hinweisen, dass über das Abkommen bisher im Verborgenen verhandelt wurde. Seine Partei hatte die Aktuelle Stunde zum TTIP beantragt.

Amerikanisches Hormon-Rindfleisch, chlorierte Hähnchen und genveränderte Organismen könnten frei importiert werden, so lautet eines der schlagkräftigsten Argumente der TTIP-Kritiker. Doch Turpel ging weiter und wies darauf hin, dass die USA vielen internationalen Abkommen nicht beigetreten sind: von den Standards der Internationalen Arbeitsorganisation über den Schutz von Klima und Biodiversität bis hin zur Unesco-Konvention zur kulturellen Vielfalt. Die Verhandlungen seien in vollem Gange, die EU befinde sich in der Defensive und habe schon die Chlor-Hähnchen akzeptieren müssen. Dabei sei das zu erwartende zusätzliche Wachstum extrem gering: 0,5 Prozent des BIP - nicht etwa jährlich, sondern kumuliert über zehn Jahre hinweg.

Interessanterweise plädierte auch die grüne Fraktionsvorsitzende Viviane Loschetter für einen sehr kritischen Umgang mit dem TTIP. Sie warf die Frage auf, wem die positiven Effekte einer Liberalisierung eigentlich zugute kämen? Auch die angestrebte Harmonisierung der Produktionsnormen gehe eher in die falsche Richtung, nämlich die einer Verwässerung der hohen europäischen Standards.

Als größter Fan des TTIP outete sich Fernand Kartheiser. Normen, die für die amerikanische Bevölkerung gut seien, müssten doch auch für Europa ausreichen, so der ADR-Leader, der für die Synthese von weltanschaulichem Konservatismus, Nationalismus und wirtschaftlichem Liberalismus steht. Die Linken und die Grünen, so Kartheiser weiter, hielten den Freihandel für grundsätzlich unmoralisch und hätten bereits das Welthandelsabkommen zum Scheitern gebracht. Weniger unterhaltsam, aber nicht minder klar, war der Redebeitrag von Martine Hansen: Der Abbau von unsinnigen Normen auf

beiden Seiten des Atlantiks sei eine gute Sache, so die CSV-Abgeordnete, doch dürfe man sich nicht auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen. Bei den Nahrungsmitteln reiche eine Kennzeichnungspflicht aus - so könnten die europäischen Konsumenten selber entscheiden. Alles in allem sei das TTIP-Abkommen, wenn „richtig“ verhandelt werde, eine einmalige Chance.

### Märchenstunde

Marc Angel von der LSAP sprach sich ebenfalls dafür aus, die Verhandlungen unbedingt fortzusetzen: Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit müsse man jeder Initiative eine Chance geben. Der Präsident der Kommission für europäische Angelegenheiten versicherte aber, eine offene Diskussion zulassen und allen Bedenken Rechnung tragen zu wollen. Am Ende müsse das Abkommen den Menschen dienen und nicht den Konzernen. Ähnlich realitätsfremd argumentierten Eugène Berger und Außenminister Jean Asselborn. Der DP-Abgeordnete unterstrich, Luxemburg sei auf Exporte angewiesen, man dürfe aber bei diesem Abkommen die bestehenden Normen nicht aushöhlen. Auch der LSAP-Minister lehnte die Absenkung der Standards und die vielkritisierte Möglichkeit, dass Konzerne gegen nationale Gesetze klagen, ab. Sowie so sei derzeit „noch kein Jota“ des Abkommens festgemacht, versuchte Asselborn zu beruhigen. Außerdem würden die US-Gewerkschaften das TTIP herbeiwünschen, um die eigenen Standards in Richtung der besseren, europäischen anzuheben.

Am Ende wurde die Motion von Déi Lénk mit der Aufforderung, die Verhandlungen zu stoppen, von allen anderen Parteien abgelehnt. Die gleiche Forderung war interessanterweise am Tag zuvor von einer deutschen Gewerkschaft, der IG Metall, erhoben worden. Am 13. März, nach Redaktionsschluss, findet eine erste Informationsveranstaltung von Luxemburger NGOs statt, aus der möglicherweise ein den OGBL einbeziehendes Aktionsbündnis gegen das TTIP hervorgeht. Und auch die größte amerikanische Gewerkschaft AFL-CIO ist keineswegs „für“ das Abkommen, sondern fordert Verhandlungen im Sinne einer nachfrageorientierten Wachstums- statt der in Europa vorherrschenden Austeritätspolitik.

## SHORT NEWS

## Bloß keinem auf die Füße treten

(da) - Einer schwierigen Aufgabe hatten sich die „jonk gréng“ diese Woche gestellt. Zu den angekündigten Einsparungen bei den Studienbeihilfen wollten sie Stellung nehmen, ohne dabei jedoch der Regierungskoalition und damit der eigenen Partei zu sehr auf die Füße zu treten. Resultat: viele schöne Worte, etwas Kritik und eine gute Portion Regierungshörigkeit. „Kritisch betrachtet“ werden „administrative Hürden“ beim Anfragen der Beihilfen, die Benachteiligung der uni.lu-StudentInnen durch die Mobilitätsklausel und die Kommunikationspolitik Claude Meischs. Kritisiert wird auch, dass immer mehr Jugendliche in Luxemburg „gar keine oder nur [eine] unzureichende Ausbildung“ haben. Neu ist, dass „die Opfer der Studienbeihilfen“ diejenigen sind, „die nicht studieren“. Schlussendlich begrüßen die „jonk gréng“, dass „die neue Regelung auch zur Stabilisierung der Ausgaben beiträgt und somit eine nachhaltige Lösung darstellt“. Dazu werden in einer Tabelle die Ausgaben für Studienbeihilfen in den vergangenen Jahren dargestellt. Feststellung: Nach der Reform von 2010 stiegen die Ausgaben fast um das Dreifache. Blöd nur, dass die Parteijugend vergaß, die bis 2010 getätigte Auszahlung des Kindergeldes mit einzurechnen. Nicht erwähnenswert finden die „jonk gréng“ ihre früheren Stellungnahmen gegen Kürzungen bei der Bildung.

## Européennes : votez secret bancaire !

(lm) - Juncker, candidat paneuropéen du PPE aux élections du 25 mai, est-il « un homme qui symbolise l'évasion fiscale, l'austérité et le conservatisme » ? L'attaque, venant d'un PS français tout sauf héroïque dans la lutte contre le capitalisme financier et pour le progrès social, semble déplacée, d'autant plus que pour un chrétien-social, Juncker s'en sort plutôt bien dans les deux domaines. Hélas, le parti national de l'ancien premier ministre, en prenant sa défense, l'accable : le CSV reproche au PS non pas d'accuser à tort Juncker, mais de se méprendre sur la nature du grand-duché. Et, comble d'esprit partisan mal guidé, exige du LSAP de prendre ses distances par rapport aux camarades français en déclarant publiquement que le Luxembourg ne serait pas un paradis fiscal. C'est ignorer que, depuis 30 ans, le LSAP lèche avec ferveur les chaussures vernies des banquiers de la place - bien mieux que Juncker, qui s'est régulièrement fendu de quelques coups de bec contre la finance. Et s'il est vrai, comme le rappelle le PS, que le candidat du PPE « doit assumer la démocratie bafouée d'Orban, la négation des droits des femmes par Rajoy », le candidat socialiste Martin Schulz, au nom des sociaux-démocrates européens, devra assumer un quart de siècle de reculade devant et de complaisance avec le néolibéralisme triomphant.

### Invitation à l'assemblée générale

Les **coopératrices et coopérateurs de la société coopérative woxx** sont convoqué-e-s à l'assemblée générale ordinaire, qui aura lieu le **jeudi 27 mars 2014 à 18 heures** au siège du woxx, 51, avenue de la Liberté, 2<sup>e</sup> étage, Luxembourg-Gare.

Ordre du jour :

1. rapport de l'ancien conseil d'administration
2. rapport financier de l'année 2013
3. rapport des commissaires et du réviseur externe
4. décharge du conseil d'administration
5. appel aux candidatures et élection d'un nouveau CA
6. élection des commissaires
7. perspectives de notre projet
8. divers

Pour le conseil d'administration  
Christiane Wagener (présidente)